

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- (A) fraktionen gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung der SPD und der Grünen angenommen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss unter Buchstabe d seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1422 mit dem Titel „Finanzumsatzsteuer auf EU-Ebene einführen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der beiden Regierungsfractionen gegen die Stimmen der drei Oppositionsfractionen angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 32 a und 32 b auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung krankensicherungsrechtlicher und anderer Vorschriften**

– Drucksache 17/1297 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

– Drucksache 17/2170 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Birgitt Bender

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Kathrin Vogler, Dr. Martina Bunge, Dr. Ilja Seifert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

- (B) **Faire Preise für wirksame und sichere Arzneimittel – Einfluss der Pharmaindustrie begrenzen**

– Drucksachen 17/1206, 17/2170 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Birgitt Bender

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne damit die Aussprache und erteile dem Bundesminister Philipp Rösler das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Philipp Rösler**, Bundesminister für Gesundheit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung krankensicherungsrechtlicher und anderer Vorschriften ist ein Artikelgesetz. Aber hinter jedem einzelnen Artikel steht immer auch eine politische Botschaft.

Die erste politische Botschaft ist einfach zu beschreiben: Mit diesem Gesetzentwurf holen wir Versäumnisse der alten SPD-Führung nach und müssen teilweise sogar handwerkliche Fehler korrigieren. In einem Satz gesagt: Wir alle sind heute hier, weil die Sozialdemokraten einmal mehr ihre Hausaufgaben schlichtweg nicht gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Macht denn der Minister seine Hausaufgaben?)

(C)

Bestes Beispiel sind die Regeln zur Datenweitergabe im Rahmen der Hausarztverträge.

Das Bundessozialgericht fordert hier eine klare gesetzliche Grundlage im Interesse des Datenschutzes. Obwohl Sie wissen, dass diese Übergangsregelung zum 30. Juni 2010 ausläuft, haben Sie keinen Handschlag getan, um zu Neuerungen, zu Besserungen zu kommen.

(Dr. Marlies Volkmer [SPD]: Wir sind seit neun Monaten nicht mehr in der Regierung!)

Meine Damen und Herren, deswegen ist es richtig, dass die Regierungskoalition diese Frist bis zum 30. Juni 2011 verlängert und wir gemeinsam, CDU/CSU und FDP, eine vernünftige gesetzliche Grundlage dafür schaffen, dass die Datenweitergabe im Rahmen der Hausarztverträge möglich ist; denn ohne eine solche Datenweitergabe wären die Hausarztverträge gar nicht möglich. Deswegen brauchen wir ein gemeinsames Handeln. Wir sind in jedem Fall dazu bereit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In Bezug auf den Datenschutz gibt es ein weiteres wichtiges Thema in diesem Gesetzentwurf. Hierbei geht es um nicht mehr und nicht weniger als um den Ausbau der Telematikinfrastruktur im deutschen Gesundheitswesen. Sie alle wissen, dass dies ein klares Ziel der christlich-liberalen Regierungskoalition ist. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir alle bisherigen Schritte – Ihre kleinen Trippelschritte – überprüfen wollen und selbstverständlich auch klare Kriterien für die Weiterentwicklung vorgeben möchten. Diese klaren Kriterien lassen sich wie folgt zusammenfassen.

(D)

Erstens muss jede Maßnahme einen Nutzen für die Patientinnen und Patienten stiften. Zweitens müssen alle Maßnahmen praktikabel sein. Sie müssen in den Arbeitsalltag zu integrieren sein. Sonst macht es keinen Sinn, solche Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Drittens – das ist Bürgerrechtlern besonders wichtig – geht es vor allem um die Datensicherheit; denn es gibt keine sensibleren Daten als die Gesundheitsdaten von Patientinnen und Patienten, meine Damen und Herren. Genau diese gilt es zu schützen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen wird es künftig einen Notfalldatensatz geben, der sicherstellt, dass jedem sofort geholfen werden kann. Ich wünsche mir übrigens, dass man möglichst schnell auch andere Instrumente mit aufnimmt, wie zum Beispiel die Frage der Organspende.

Des Weiteren wird es eine sichere Arzt-zu-Arzt-Kommunikation geben, damit wir unbürokratisch und schnell Informationen von einem Leistungserbringer zum nächsten Leistungserbringer übermitteln können.

Ferner haben wir uns gegen die von Ihnen geplante Onlineanbindung ausgesprochen. Dafür gibt es künftig einen automatischen Datenabgleich von Versicherungs-

**Bundesminister Dr. Philipp Rösler**

- (A) stammdaten. Damit können wir gewährleisten, dass die Daten immer bei den Medizinern bleiben und nicht an die Krankenversicherungen weitergegeben werden. Darüber hinaus haben wir gesagt: Das elektronische Rezept wird bis auf Weiteres gestoppt, bis es praktikabel ist.

(Dr. Marlies Volkmer [SPD]: Klasse! Wunderbar! Herzlichen Glückwunsch!)

Ebenso brauchen wir zum jetzigen Zeitpunkt keine elektronische Patientenakte, weil die Datensicherheit letztlich nicht gewährleistet werden kann.

(Mechthild Rawert [SPD]: Eine Luftnummer!)

Mit diesem Weg haben wir die richtige Balance geschaffen zwischen Innovation und Ausbau der Telemedizininfrastruktur auf der einen Seite sowie Sicherheit, Praktikabilität und Nutzen für die Patientinnen und Patienten auf der anderen Seite.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie können sicher sein, dass allein schon die Einführung dazu führen wird, dass wir zu Kosteneinsparungen kommen. Missbrauch wird künftig verhindert werden.

Das ist übrigens die dritte große Botschaft dieses Artikelgesetzes, die sich auf das Thema Einsparungen bezieht. Sie alle wissen, dass einer der größten Ausgabenblöcke der gesetzlichen Krankenversicherung die Arzneimittel sind. Deswegen ist es richtig, dass wir als Regierungskoalition hier den Hebel ansetzen, um zu garantieren, dass die Versichertengelder vernünftig verwaltet werden.

(B)

Ich wundere mich ein bisschen über die Ablehnung insbesondere vonseiten der SPD; denn diese Ziele haben Sie früher auch einmal verfolgt. Wir werden den Arzneimittelmarkt neu ordnen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein neues Gesetz auf den Weg gebracht werden, das dieses Haus noch vor der Sommerpause erreichen wird.

(Mechthild Rawert [SPD]: Vor der Sommerpause?)

Mit dem vorliegenden Artikelgesetz werden wir aber schon jetzt sicherstellen, dass Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Euro für die Versicherten im Jahre 2010 möglich sind. Diese Forderung haben früher übrigens auch die Grünen und die SPD erhoben. Sie sind aber damals mit ihren Ministerinnen an der Pharmaindustrie gescheitert. Es musste sich erst eine christlich-liberale Koalition auf den Weg machen, um Ihnen vor Augen zu führen, dass Sie längst nicht mehr die Partei der kleinen Leute sind. Ich dachte jedenfalls eine Zeit lang, dass Sie die Partei der kleinen Leute sind. Offensichtlich haben die Lobbyisten bei Ihnen längst eine stärkere Position eingenommen, als dies für die Interessen der kleinen Leute gilt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie kriegen nichts auf die Reihe!)

Sie brauchen dem Gesetzentwurf nur zuzustimmen. Wir können ja noch einmal erklären, welche Briefe auch uns erreicht haben. Darin haben Sie uns darum gebeten, diese oder jene Lobbyistengruppe vom Gesetz auszunehmen. Das Einzige, wozu wir, finde ich, zu Recht bereit sind, ist, dass man zum Beispiel bei seltenen Krankheiten eine Ausnahme macht; da geht es nämlich um den Schutz von Patientinnen und Patienten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Halten wir also fest: Mit diesem Gesetzentwurf bügeln wir die Fehler der alten sozialdemokratischen Führung an dieser Stelle aus. Wir sorgen für Innovation im Gesundheitswesen. Gleichzeitig gelingt es, für die soziale Balance alle im Gesundheitssystem an den Kosten zu beteiligen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Karl Lauterbach für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Jens Spahn [CDU/CSU]: Jetzt geht's los! Jetzt geht's los!)

**Dr. Karl Lauterbach (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach neun Monaten sehen wir jetzt das erste Spargesetz im Gesundheitssystem. Neun Monate fruchtlose Diskussion um kleine Kopfpauschalen und große Kopfpauschalen, aber nichts ist passiert!

Es gab einen beispiellosen internen Streit, in dem das Niveau der Diskussion heruntergezogen wurde wie nie. Um nur Stichworte zu nennen: „Wildsau“, „Gurken-truppe“. Aber nichts ist passiert. Wir haben seit Monaten Stillstand.

Was uns jetzt geboten wird, ist ein, sagen wir einmal, banales Kleinstgesetz

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht!)

zur Onlineverbindung zur Arztpraxis, das noch nicht einmal gut gemacht ist, und ein Rabattvertrag. Neun Monate Stillstand in der Gesundheitspolitik – inhaltlich im Prinzip eine Tragödie, in der Auseinandersetzung mittlerweile zur Komödie verkommen. Nichts ist passiert. Herr Minister, was wir von Ihnen bisher zu sehen bekommen haben, ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, Sie haben sich selbst als Bambus im Sturm bezeichnet. Wir haben im Moment keinen Sturm, wir haben Windstille. Seit neun Monaten ist dieses Spargesetz das Erste, was wir sehen. Bei dem einzigen Vorschlag, der in der Substanz diskutiert wurde, beim Hin und Her um die Kopfpauschale, sind Sie schon bei leichtem Gegenwind aus dem Süden eingeknickt, eher – bei aller Wertschätzung – wie ein Schilfrohr. Ein Bambus hätte gegen Minister Söder anders gestanden, als Sie das

(C)

(D)

**Dr. Karl Lauterbach**

- (A) getan haben. Ich kann nur warnen. Ich würde dieses Bild vom Bambus nicht überziehen; sonst muss sich Ihre Politik ändern, sodass Sie dem Bild auch gerecht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind gleich wieder bei den Gurken!)

Der Zwangsrabatt von 16 Prozent ist ohne Wenn und Aber richtig; das muss man hier ganz klar sagen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Warum wollen Sie dann nicht zustimmen?)

Wir haben im Ausschuss dem Vorschlag nicht zugestimmt.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Abgelehnt! – Heinz Lanfermann [FDP]: Abgelehnt!)

Was sich hier erneut zeigt, ist, dass es keinen Vorschlag gibt, der so einfach ist, dass er in der Umsetzung von Ihnen nicht noch verpfuscht werden könnte, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Ulrike Flach [FDP]: Auwei!)

Was haben Sie denn gemacht? Sie rechnen zunächst einmal die Rabattverträge an. Die jetzt funktionierenden Rabattverträge werden also auf den Zwangsrabatt angerechnet. Somit wird das Rabattvolumen gesenkt, und zwar ohne Not. Das ist der erste Fehler.

- (B) Der zweite Fehler: Sie haben zuerst die EU-Transparenzrichtlinie gar nicht bedacht. Dann haben Sie Ausnahmeregelungen formuliert, nach denen jedes Unternehmen eine Ausnahme von der Rabattierung beantragen darf. Jetzt hat Herr Spahn schon ausgeführt, er rechne nicht damit, dass börsennotierte Unternehmen sich die Blöße geben, zu sagen: Wir können uns den Rabatt nicht leisten. – Ich sage Ihnen, Herr Spahn – bei allem Respekt –: Da kennen Sie die Börse nicht.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Aber Sie kennen sie!)

– Ja, genau so ist es.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Professor Lauterbach kennt alles! Er ist für alles zuständig, kennt alles, weiß alles!)

– Man muss nicht Professor sein, um etwas zu wissen; davon sind wir noch weit entfernt. Herr Spahn, es gibt hier vieles, was man wissen kann, ohne dass man Professor ist. – Dazu gehört: Ein börsennotiertes Unternehmen wird an der Börse höher gehandelt, wenn es sich einem Zwangsrabatt zu entziehen versucht. Das wird jeder machen. Das wird auch jeder Mittelständler machen. Jeder wird versuchen, in den Genuss einer solchen Ausnahmeregelung zu kommen. Von daher wird von den 16 Prozent längst nicht das übrig bleiben, was Sie planen. Das ist handwerklicher Pfusch.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Für den Bereich der Krankenhausapotheken haben Sie die Regelung so modifiziert, dass der Rabatt, der dort abgeführt werden muss, zum Teil höher ist als der Abgabepreis, den das Krankenhaus für das Arzneimittel bisher bezahlen muss. Ich nenne einmal ein Beispiel: Bei einem Arzneimittel, das im Krankenhaus einen Abgabepreis von 1 000 Euro hat – Herr Henke, das wird auch Sie interessieren –, muss zum Teil ein Rabatt von mehr als 2 000 Euro abgeführt werden. Der Rabatt ist höher als der Abgabepreis. Das ist natürlich eine deutliche Vorlage dafür, dass die Arzneimittelpreise im Krankenhaussektor steigen.

Ich bleibe somit dabei: Ein Zwangsrabatt in Höhe von 16 Prozent wäre richtig; aber die Umsetzung ist enttäuschend. Sie haben das Ganze vermurkst. Wir haben lange überlegt, ob wir uns wenigstens enthalten sollten. Aber selbst dazu konnten wir uns nicht durchringen,

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Dafür waren Sie zu durcheinander im Ausschuss!)

weil der Gesetzentwurf dafür schlicht und ergreifend nicht gut genug gemacht ist. Das war unser Problem. Wir wären bereit gewesen, uns zu enthalten, wenn der Gesetzentwurf handwerklich ein bisschen besser gemacht gewesen wäre.

- (D) Selbst wenn Sie Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Euro erreichen, wird damit in Bezug auf das gesamte Ausgabenniveau nur ein Einspareffekt erreicht, der sich im Promillebereich bewegt. Nachdem Sie nun schon neun Monate Regierungsverantwortung tragen, legen Sie hier einen Gesetzentwurf vor, der handwerklich zumindest sehr bedenklich ist und durch den es gerade einmal gelingt, die Kosten im Promillebereich zu senken. Entspricht das Ihrer Vorstellung von „Bambus im Sturm“? Die Kosten laufen uns davon, nichts passiert, und wir sprechen hier über mögliche Einsparungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Sie, Herr Minister, sprechen von Trippelschritten. In meinen Augen ist das, was Sie hier vorlegen, nichts.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Was legen Sie denn vor?)

– Wir sind ja noch nicht an der Regierung, Herr Spahn. Ich sage aber bei jeder Gelegenheit: Wir sind jederzeit bereit, Einsparungen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Jens Spahn [CDU/CSU]: Keiner weiß, zu was! – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Er ist zu allem bereit, aber zu nichts zu gebrauchen! – Weiterer Zuruf des Abg. Johannes Singhammer [CDU/CSU])

Wir sind jederzeit bereit, inhaltlich zuzuarbeiten und die Verantwortung zu übernehmen, wenn Sie uns um unsere Hilfe bitten. Seien Sie aber vorsichtig mit dem Ausdruck „Trippelschritte“; denn die Trippelschritte, die wir damals als Große Koalition gemacht haben – hier sollten auch Sie sich von der CDU/CSU angesprochen fühlen –, waren allesamt besser als der Stillstand und die heiße Luft, die derzeit Ihre Politik bestimmen.

(Ulrike Flach [FDP]: Deswegen haben wir ja auch die 11 Milliarden Euro Defizit, weil ihr so toll wart!)

**Dr. Karl Lauterbach**

(A) – Außer Diffamierung kommt nichts von Ihnen.

Der nächste Pfusch soll schon am Wochenende besprochen werden. Da geht es um das sogenannte Spahn-Koschorrek-Papier. Darin wird darüber nachgedacht, wie 4 Milliarden Euro im Gesundheitssystem gespart werden können, damit die CSU befriedet werden kann.

Der wichtigste Vorschlag in diesem Papier lautet, es soll eine Nullrunde im Krankenhausbereich geben. Der Vorschlag einer Nullrunde im Krankenhausbereich ist, bei allem Respekt, der dümmste Sparvorschlag, den es gibt.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Bei wem sitzen Sie gleich im Aufsichtsrat?)

Das bedeutet ja im Prinzip, nach der Rasenmähermethode wird bei allen Krankenhäusern, guten wie schlechten, ohne Berücksichtigung der Qualität ihrer Leistungen und ihrer Investitionen gespart.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jens Spahn [CDU/CSU]: Wo sind Sie im Aufsichtsrat? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Rhön-Klinikum!)

Das ist ein Vorschlag, der weder dem Wettbewerb dient noch zu mehr Qualität führt. Das Einzige, was Ihnen nach neun Monaten Stillstand im Krankenhausbereich einfällt, ist eine fantasielose Nullrunde!

(B) (Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wohin wird das führen? Das wird natürlich zulasten der Pflege gehen. Die Pflegekräfte werden nämlich am Ende diejenigen sein, die für diese Nullrunde bezahlen. Die Ärzte haben ja schon ihre Honorarverhandlungen geführt und abgeschlossen. In diesem Bereich wird es zu Mehrausgaben von 2 bis 5 Prozent kommen. Somit handelt es sich ja nur noch indirekt um eine Nullrunde; und am Ende werden hierfür die Pflegekräfte zahlen müssen. Das halten wir für unsozial und ungerecht. Sie sparen hier an der falschen Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Abg. Dr. Erwin Lotter [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Eine Zwischenfrage lasse ich gerne zu, Herr Präsident.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Mir wurde gesagt, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer die Vereinbarung getroffen haben, Zwischenfragen nicht mehr zuzulassen, damit wir im Zeitrahmen bleiben. Sie wissen, weshalb.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Bitte schön, Herr Lauterbach.

**Dr. Karl Lauterbach (SPD):**

Ich kann nur sagen: Ich hätte nichts dagegen gehabt.

Nun zum nächsten Bereich, in dem gespart werden soll: Bei den Ärzten soll dem Vernehmen nach gespart werden, indem die derzeit zwangsweise vorgeschriebenen Verträge mit den Hausärzten gekippt werden. Wie verträgt sich das, Herr Minister, mit Ihrem Engagement für die Hausärzte? Sie haben ja noch vor Wochen den peinlichen Vorschlag vorgetragen, man solle die Zahl der Hausärzte dadurch erhöhen, dass man den Numerus clausus für Medizinstudenten senkt, die Hausärzte werden wollen.

Weil Sie den Hausarztvertrag in dieser Form nicht aufrechterhalten wollen – das besagt zumindest der Vorschlag der Union –, wird der Hausarztberuf unattraktiver werden. Sie schwächen die Hausärzte, die Sie vor Wochen noch stärken wollten. Wenn Sie die Hausarztverträge in dieser Art und Weise einsacken, dann wird der Hausarztberuf noch unattraktiver werden, als er jetzt schon ist. Das ist eine Schwächung und keine Stärkung der Hausärzte.

(Beifall bei der SPD)

Man hört, dass Sie auch bei den Verwaltungskosten der Krankenkassen ansetzen wollen. Die Programme für chronisch Kranke, die beispielsweise zuckerkrank oder herzkrank sind, sollen ebenfalls abgewrackt werden, indem man an der Stelle die Managementpauschale für die Schulungen und für die Dokumentation nicht mehr zahlt. Dies würde zulasten von Millionen diabeteskranker Patienten in Deutschland gehen. In diesen Programmen sind mehr als 4 Millionen Menschen eingeschrieben. Durch sie werden jedes Jahr Zehntausende Herzinfarkte, Schlaganfälle, Erblindungen und Amputationen verhindert. Um ein paar Hundert Millionen Euro bei der Vorbeugung für Menschen, die chronisch krank sind, einzusparen, nehmen Sie die Mehrkosten für die Behandlung von Schlaganfällen, Herzinfarkten, Amputationen und Erblindungen offensichtlich in Kauf.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Das ist doch eine Unverschämtheit!)

– Das ist die Wahrheit. Das ist nicht unverschämt. Unverschämt ist Ihr Vorschlag.

(Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wo steht denn das?)

– Das steht im Spahn-Koschorrek-Papier. Wir werden es noch am Wochenende erleben: Sie planen, bei den Chronikerprogrammen die Managementpauschale zu kappen. Sie sind allerdings noch nicht bereit, dies jetzt zum Ausdruck zu bringen. Das würde Tausende Schlaganfälle und Herzinfarkte zur Folge haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jens Spahn [CDU/CSU]: So einen Quatsch habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Weil Sie nicht in der Lage sind, sinnvolle Sparvorschläge vorzulegen, sparen Sie – ich bringe es auf den Punkt – bei den chronisch Kranken, bei den Pflegekräften und bei den Hausärzten. Das können wir hier sehen.

(C)

(D)

**Dr. Karl Lauterbach**

(A) (Beifall bei der SPD – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Sie sollten sich Ihre Rede sparen! Das wäre der beste Sparbeitrag!)

– Das ist die Wahrheit, Herr Zöllner.

Zum Abschluss. Sie machen sich darüber Sorgen, dass wir nicht mehr die Partei der kleinen Leute sind. Die SPD ist immer noch genug Partei der kleinen Leute, um Folgendes vorzuschlagen: Wenn Sie Geld brauchen, dann binden Sie endlich die Privatversicherten in den unbeliebten Gesundheitsfonds ein, damit auch von der Seite ein Solidarbeitrag geleistet wird.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wer zahlt denn die 15 Milliarden Euro?)

Ergreifen Sie diese Gelegenheit! Wann hat es das einmal gegeben, dass die FDP oder die Union einen Vorschlag gemacht hat, der nicht zulasten der kleinen Leute gegangen ist? Sie machen nur Vorschläge zulasten der Kranken und der kleinen Leute. Auf der anderen Seite machen Sie sich Sorgen darüber, dass wir nicht mehr die Partei der kleinen Leute sind. Wir sind nach wie vor die Partei der kleinen Leute, und wir werden zurückkommen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort für die CDU/CSU-Fraktion hat nun Kollege Johannes Singhammer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) **Johannes Singhammer (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die christlich-liberale Koalition redet nicht nur über Ausgabenkürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung, sondern sie meißelt sie in Gesetzestafeln, und zwar hier und heute am 18. Juni 2010.

Mit 16 Prozent Abschlag, gesetzlich vorgeschriebenem Rabatt, werden die Patienten und Versicherten in Deutschland nachprüfbar entlastet. Gleichzeitig verschließen wir die Umgehungs- und Ausweichmöglichkeiten durch den Preisstopp; denn die Preisbasis ist rückwirkend der 1. August 2009. Mindestens 1,2 Milliarden Euro, wahrscheinlich aber 1,5 Milliarden Euro, bleiben bei den Patienten im Geldbeutel. Der scheinbar unaufhaltsame Anstieg der Kosten vor allem bei den teuren Spezialpräparaten wird abrupt gebremst.

An die Adresse der Opposition sage ich: Herr Lauterbach, Sie sollten Ihre Propaganda, die Regierungsfaktionen seien nicht in der Lage, mit der Pharmedien lobby umzugehen, vielleicht ein bisschen „renovieren“. Ihren Vorwurf, wir würden auf dem Rücken des kleinen Mannes sparen, kann nun wirklich niemand verstehen.

(Widerspruch bei der SPD)

Haben Sie einmal ausgerechnet, wie viele Versicherte und in welcher Größenordnung durch diese Sparmaßnahmen betroffen sind?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C) Es gibt 51,3 Millionen Versicherte. Eine ganz einfache Rechnung zeigt, dass pro Versichertem im Durchschnitt 30 Euro eingespart werden.

Wissen Sie, wie hoch der Durchschnittslohn von manchem Versicherten ist, zum Beispiel von Gebäudereinigern in Mecklenburg-Vorpommern, die im Innenbereich eingesetzt werden? Er beträgt 6,83 Euro.

(Dr. Petra Sitte [DIE LINKE]: Nur weil Sie keinen Mindestlohn wollen!)

– Ja, wir beklagen uns über den Mindestlohn. Deshalb habe ich dieses Beispiel aus dem Bereich der tariflichen Entlohnung herausgegriffen.

(Zurufe von der SPD)

Sie bringen diese Klagen immer wieder vor. Der Stundenlohn der Beschäftigten im Sicherheitsgewerbe beträgt 4,51 Euro. Sie sagen, wir bewegten uns im Promillebereich. Sie haben doch die Maßstäbe verloren. Das ist eine ganz klare Erleichterung gerade für Geringverdiener.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) Diese Koalition muss ihre Handlungsfähigkeit in dem Bereich überhaupt nicht beweisen. Wir haben am 12. März dieses Jahres die Reduzierung der Arzneimittelkosten angekündigt. Wir haben am 26. März dieses Jahres die Eckpunkte vorgelegt. Wir gießen diese Eckpunkte hier und heute in Gesetzesform. Dabei haben wir aber nicht nur das Ziel der Kosteneinsparung verfolgt – auch das sage ich hier –, sondern ganz wichtig waren für uns noch zwei weitere Ziele. Wir wollen den Patienten im Krankheitsfall die besten Medikamente garantieren und nicht die zweitbesten, und wir wollen, dass sich Deutschland wieder zur Apotheke der Welt entwickelt. Deshalb wollen wir die Arbeitsplätze in der Arzneimittelindustrie sichern. Aus diesen Gründen haben wir Ausnahmen in zwei Bereichen zugelassen. Der eine Bereich betrifft die Arzneimittel, die für die Behandlung von seltenen Leiden zugelassen sind. Wir wollen, dass die Produktion dieser Arzneimittel profitabel bleibt. Natürlich soll sie profitabel bleiben, auch wenn es nur eine kleine Gruppe von Patienten gibt, die diese Arzneimittel benötigt. Wir lassen niemanden allein, auch wenn er eine seltene Krankheit hat.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen sicherstellen, dass mittelständische Unternehmen, die oft nur ein einziges Medikament produzieren, nicht in eine wirtschaftliche Schieflage geraten und damit die Arbeitsplätze gefährdet werden; denn die Maßnahme des Zwangsrabatts ist eine harte Maßnahme.

Wir regeln mit dem Gesetz – auch das hat der Minister angekündigt – noch mehr. Wir nutzen die Möglichkeiten der neuen Gesundheitskarte für weniger Bürokratie und bessere Betrugsbekämpfung. Wenn wir heute beschließen, dass dann, wenn ein Patient erstmals im Quartal einen Arzt besucht, die Leistungspflicht der Krankenkasse elektronisch abgeprüft wird, dann hat das einen ganz wichtigen Effekt.

(Zuruf von der SPD: Wer betrügt denn?)

**Johannes Singhammer**

- (A) Die Identität des Versicherten wird damit leichter festgestellt. Das ist gerecht. Ungerecht ist Schummelei, die leider auch vorkommt. Wer selbst nicht versichert ist, aber mit falscher Identität eine Leistung der Versichertengemeinschaft, die ehrlich ist, erschleicht, handelt nicht richtig, sondern falsch. Die Schummelei werden wir mit dieser Maßnahme begrenzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Weitere Ausgabenkürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sind unzweifelhaft nötig. Bei Ärztehonoraren und Krankenhäusern geht es nicht um Zwangsrabatte und -moratorien wie im Arzneimittelbereich. Es geht aber sehr wohl darum, dass klar wird, dass sich die Zuwächse der letzten Jahre im Jahr 2011 nicht mehr in der bisherigen Höhe fortsetzen werden. Deshalb haben wir ein glasklares Ziel in der Koalition vereinbart: Es wird nicht dazu kommen, dass das prognostizierte Defizit von nahezu 11 Milliarden Euro im kommenden Jahr entsteht; wir werden vielmehr das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben wiederherstellen. Dazu werden wir bis zur Sommerpause Eckpunkte vorlegen. Wir werden darüber hinaus die Strukturen nachhaltiger und zukunftsfester gestalten und dazu drei Wege beschreiten: erstens Prävention – diese wirkt nicht sofort, sondern nachhaltig –, zweitens Eigenverantwortung und drittens Einsatz modernster Medizintechnologien.

Nach dem Weltmeisterschaftsspiel Deutschland gegen Serbien wird die Klausurtagung der Gesundheitspolitiker der Koalition beginnen. Wir werden dabei den gepflegten Doppelpass spielen, so wie ihn auch die deutsche Nationalmannschaft spielt, auf die wir uns freuen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Kathrin Vogler für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Kathrin Vogler (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Chaos in der Gesundheitspolitik, das ist das, was diese Regierung seit einem Dreivierteljahr veranstaltet. Jetzt legen Sie uns hier diesen Flickenteppich von Maßnahmen vor – Herr Singhammer meißelt weitere Löcher hinein –, in der Hoffnung, dass niemand genau hinschaut, was sich da alles verbirgt. Zwar könnte auch die Linke einem Teil dieser Maßnahmen zustimmen – das haben wir auch gesagt –, nämlich Ihren Plänen, die Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenkassen wenigstens kurzfristig zu begrenzen. Doch Ihre Konzepte sind, wie übrigens die gesamte Arbeit dieser Regierung, kurzatmig und halbherzig, und deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben die überflüssigen Scheininnovationen, also neue Präparate ohne jeden Zusatznutzen für die Patientinnen und Patienten, wohl schlicht übersehen. Damit belohnen Sie noch diejenigen Firmen, die mit geringstem Auf-

wand alten Wein in teure neue Schläuche füllen – zulasten der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Sie hätten doch nur einmal über Ihren Schatten springen und dem Änderungsantrag der Linken zustimmen können. Patentschutz für gute Ideen gibt es in der Politik zum Glück nämlich nicht; denn es geht doch uns allen in erster Linie um die Menschen.

(C)

Die teilweise horrenden Gewinne der Pharmaindustrie bezahlen letztlich die Versicherten über ihren Krankenkassenbeitrag. Weil Ihre Vorschläge, dem entgegenzuwirken, nicht ausreichen, hat die Linke einen eigenen Antrag eingebracht. Machen Sie endlich Schluss mit den Mondpreisen der Pharmakonzerne und begrenzen Sie deren Einfluss auf Patienten und Ärzte!

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn Sie das jetzt verschlafen, dann wird die Industrie versuchen, Ihre höheren Abschläge, Herr Rösler, über einen höheren Umsatz auszugleichen. Dann sparen wir nicht nur nichts, sondern riskieren auch, dass die Patientinnen und Patienten durch unnötige und möglicherweise unsichere Medikamente belastet werden.

Ein Skandal ist auch, wie Sie hier nun alle Ärztinnen und Ärzte zum Onlineabgleich der Patientendaten zwingen wollen.

(Ulrike Flach [FDP]: Das ist doch gar nicht wahr!)

Datenschützer, Ärzte und Patientenorganisationen laufen dagegen berechtigterweise schon Sturm. Auch in der FDP-Fraktion gibt es erhebliche Bedenken gegen diesen Schritt zum gläsernen Patienten.

(D)

(Ulrike Flach [FDP]: Das steht doch gar nicht im Gesetz! – Heinz Lanfermann [FDP]: Sie hat es noch nicht verstanden!)

– Ich habe das sehr wohl verstanden. Sie können mir das nachher, nach dem Fußballspiel, erklären. –

(Ulrike Flach [FDP]: Das wird auch Zeit! – Heinz Lanfermann [FDP]: Wir haben noch Wichtigeres zu tun!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, zeigen Sie hier doch einmal etwas Courage, auch gegenüber dem eigenen Ministerium.

Obwohl durch dieses Gesetz so viele verschiedene Dinge geregelt werden, bleibt manches offen; denn Sie stellen die Interessen der Wirtschaft über die der Allgemeinheit.

(Dr. Martina Bunge [DIE LINKE]: So ist es!)

Ich meine, wir müssen Versicherungen endlich verpflichten, rechtzeitig die Erstattung der Behandlungskosten zuzusagen. Es darf nicht sein, dass Menschen unbehandelt bleiben und sogar in Lebensgefahr geraten können, nur weil sich ihre Krankenversicherung vor der Rechnung drücken will. Dem Petitionsausschuss liegen mehrere Fälle vor, in denen die Verzögerung der Kostenzusage Betroffene fast das Leben gekostet hätte und bleibende gesundheitliche Schäden hinterlassen hat. Ich finde, damit dürfen wir uns nicht abfinden. Die Linke

**Kathrin Vogler**

- (A) will die Versicherer verpflichten, dringliche Anträge unverzüglich zu bearbeiten. Wer krank ist, braucht schnelle medizinische Hilfe. Doch das will die schwarz-gelbe Koalition der Versicherungswirtschaft nicht zumuten, und auch die SPD war im Ausschuss dagegen. Ich stelle hier noch einmal die Frage: Wie hoch waren die Spenden der Allianz-Versicherung an Ihre Parteien?

Ich erinnere Sie alle auch an Ihr Versprechen, noch vor der Sommerpause die unabhängige Patientenberatung, deren Förderung zum Ende des Jahres ausläuft, dauerhaft zu sichern. Im Ausschuss haben Sie, werter Herr Bahr, uns schon wieder keinen Termin nennen wollen, wann Sie das in den noch folgenden zwei Sitzungswochen vorhaben. Damit nehmen Sie die dort Beschäftigten sowie die Patientinnen und Patienten in Haftung für Ihr Koalitionschaos. Das darf doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Spahn, wenn Sie sich noch nicht einmal über die 5 bis 7 Millionen Euro für die Beratungsstellen einigen können, dann sehe ich auch schwarz für Ihren „Gesundheitskuschelworkshop“, den Sie nach dem Fußballspiel beginnen wollen. Woher wollen Sie eigentlich die 11 Milliarden Euro bekommen, die 2011 im Gesundheitsfonds fehlen werden?

Vielleicht sollten Sie sich einfach von bestimmten ideologischen Tabus freimachen.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Jens Spahn [CDU/CSU]: Das sagt uns die Linke, oder was?)

- (B) Dabei hilft manchmal schlichte Mathematik. Wenn Sie zum Beispiel bei den Beiträgen den Arbeitgeberanteil wieder an den der Arbeitnehmer angleichen, hätten wir schon 9 Milliarden Euro mehr, und das würde die Probleme ziemlich entschärfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie aber glauben der Schwarzmalerei der Unternehmerverbände mehr, für die in diesem Fall der Untergang des Abendlandes oder zumindest der der deutschen Exportwirtschaft unmittelbar vor der Tür stehen würde. Die Folge Ihres Nichtstuns ist: Die ersten Krankenkassen stehen vor der Pleite. Die Versicherten bzw. die Patientinnen und Patienten wissen noch gar nicht, was das für sie bedeutet.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollegin Vogler, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

**Kathrin Vogler (DIE LINKE):**

Herr Minister Rösler, ich kann Ihnen nur raten: Beenden Sie das Chaos! Machen Sie stattdessen Ihre Mathematikhausaufgaben! Dabei würde die Linke Sie unterstützen,

(Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Lieber nicht!)

aber nicht bei diesem Gesetz.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun die Kollegin Maria Klein-Schmeink das Wort.

**Maria Anna Klein-Schmeink (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrter Minister! Wir haben heute erneut eine besondere Situation in der Gesundheitspolitik. Wir haben einen Minister, der über ein eher kleineres, eher handwerklich ausgerichtetes Gesetz berichtet, das dann als Notlösung von den Fraktionen aufgebläht bzw. um ein Sparpaket ergänzt wurde, und das kurz vor einer Klausur heute Nachmittag – ich habe gehört, direkt nach dem Fußballspiel –, in der Sie die eigentlichen strittigen Fragen Ihrer Gesundheitsreform klären wollen.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da schlagen die sich wieder!)

Im Vorfeld dieser Klärung, die immerhin schon ein halbes Jahr auf sich warten lässt, haben Sie die Situation erzeugt, dass wir auf ein großes Defizit in der GKV zulauferen, weshalb Sie zu einem Sparpaket greifen mussten.

(Ulrike Flach [FDP]: Aber, ehrlich gesagt, das Defizit war schon vorher da!)

Herr Rösler, Herr Bahr, ich erinnere mich gut an den Wahlkampf. Damals habe ich am allerhäufigsten gehört: Wir werden keine kurzfristigen Sparpakete machen. Wir werden grundlegende Strukturreformen vornehmen. – Gleichzeitig habe ich dies sehr oft in gesundheitswirtschaftlichen Diskussionsrunden als Message an die Arzneimittelbranche gehört, die wiederum dasaß und gedacht hat: Mit der FDP kommt jetzt eine Gesundheitsreform, die bewirkt, dass wir sämtliche Kostensteigerungen, die denkbar sind, auf die Versicherten abladen können. Der Versicherte muss sich dann, ergänzend zur Grundversicherung, privat versichern und kann somit alles zahlen. Das war die Message, die Sie an die Arzneiunternehmen gesandt haben. Dafür haben Sie jetzt die Quittung bekommen.

(Ulrike Flach [FDP]: Nein, nicht direkt!)

Nicht umsonst ist der ganze Blätterwald und sind die Zeitschriften voller Klagen der Pharmaindustrie, die sich verraten fühlt

(Ulrike Flach [FDP]: Dann ist die ja bei Ihnen gut aufgehoben!)

und sagt, man habe ihr im Vorfeld etwas ganz anderes versprochen und jetzt gebe es nur ein kurzfristiges Sparpaket mit Herstellerrabatten.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Es ist interessant, worüber Sie sich Sorgen machen!)

Herr Minister Rösler, jetzt sind Sie genau da, wo Ministerin Schmidt und viele andere Minister davor gewesen sind. Der Unterschied zu den Ministern davor ist, dass Sie sich im Vorfeld angemaßt haben, zu sagen, Sie hätten deren Vorgehensweise nicht nötig. Es zeigt sich:

(D)

**Maria Anna Klein-Schmeink**

- (A) Die Gesundheitspolitik sämtlicher Regierungen hat es bislang nicht schaffen können, die Kostenentwicklung nur durch strukturelle Maßnahmen in den Griff zu bekommen oder nur darüber, kurzzeitige Maßnahmen zu ergreifen, wie man dies oft zwangweise tun musste. Es wird immer ein Mischpaket sein müssen. Das haben Sie jetzt ganz schmerzlich erfahren müssen.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Wirklichkeit ist hart! Das lernt jetzt der Minister!)

– Die Wirklichkeit ist in der Tat hart. Da sind Sie jetzt zwangsweise angekommen, und zwar deshalb, weil Sie überhaupt kein Konzept haben, wie Sie das aufgelaufene Defizit beseitigen können. Das werden Sie an diesem Wochenende angehen. Sie werden feststellen müssen, dass die größten Gegner Ihrer wechselseitigen Ideen in den eigenen Reihen sitzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Sie haben wiederum noch kein Konzept, wie Sie damit umgehen wollen.

Frau Flach, ich habe gelesen, Sie haben die Erwartungen an dieses Wochenende vorsorglich heruntergeschraubt, indem Sie gesagt haben, dass eine grundlegende Lösung der Probleme nicht zu erwarten sei. Das haben Sie getan, weil Sie sich nicht sicher sind, ob Sie zu einer Einigung kommen. Das, muss man sagen, hat die Wählerschaft, die Sie gewählt hat, eigentlich nicht verdient.

- (B) (Ulrike Flach [FDP]: Jetzt sind wir echt gerührt!)

Sie hat es nicht verdient, dass Sie neun Monate lang kein einziges Problem wirklich gelöst haben und auch keine Perspektive aufzeigen können, sondern stattdessen auf kleine Sparpakete ausweichen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden diesem Sparpaket nicht zustimmen können, weil es von der Ausführung her nicht besonders gelungen ist. Hier erinnere ich insbesondere an die Belastung für die Krankenhäuser; die Einsparungen bei den Krankenhäusern, die Sie an diesem Wochenende beschließen wollen, werden noch hinzuaddiert.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Das steht aber nicht in diesem Gesetzentwurf! – Heinz Lanfermann [FDP]: Über welches Gesetz reden Sie denn eigentlich?)

– Sie haben die Krankenhausapotheken beim Herstellerabatt nicht ausgenommen.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Doch!)

– Nein, das geht aus den Papieren, die wir gelesen haben, nicht hervor.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Bei der ambulanten Versorgung: Ja!)

– Richtig, in der ambulanten Versorgung, aber nicht in der stationären. – Das wird die Krankenhäuser natürlich weiter belasten.

(Ulrike Flach [FDP]: Es hilft immer, zu lesen!)

Wir werden dem Gesetzentwurf in der vorgelegten Form jedenfalls nicht zustimmen; wir werden uns enthalten.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Auf dem Wege der Besserung!)

Nach der Sommerpause, wenn wir die grundlegenden Reformen im Arzneimittelbereich angehen, werden wir uns massiv in die Debatte einbringen. Ich hoffe, dass Sie in der Zwischenzeit zumindest eine Lösung für die unabhängigen Beratungsstellen finden; denn auch da haben Sie sämtliche Erwartungen enttäuscht und geweckte Hoffnungen nicht erfüllt.

(Heinz Lanfermann [FDP]: Das habe ich Ihnen doch schon im Ausschuss erklärt!)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Jens Spahn das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Jens Spahn (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die christlich-liberale Koalition beweist mit dem Gesetz, das wir heute in zweiter und dritter Lesung verabschieden, Handlungsfähigkeit. Herr Kollege Lauterbach, Sie können es abtun, wie Sie wollen; aber hier geht es für die Betroffenen um wichtige Themenfelder. Es geht um die Berufsanerkennungsrichtlinie, die für viele Heilberufe in Deutschland gilt. Es geht um datenschutzrechtliche Fragen im Zusammenhang mit Versorgungsverträgen, von denen viele Millionen Menschen in Deutschland betroffen sind. Es geht darum, bei der Versicherungskarte eine Angleichung der Standards vorzunehmen; denn bis heute gibt es zigtausendfachen Missbrauch mit Krankenversicherungskarten. Sie werden – man muss es fast so sagen – hinter Hauptbahnhöfen gedealt.

(Mechthild Rawert [SPD]: Nicht hinter meinem Hauptbahnhof in Berlin!)

Es wird nämlich nicht abgeglichen, ob die Karte noch gültig ist oder nicht. Das wird seit Monaten und Jahren beklagt; das regeln wir nun endlich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bei den patentgeschützten Arzneimitteln sparen wir durch die Senkung der Herstellerabgabepreise per Gesetz letztendlich etwa 10 Prozent. Durch das Preismoratorium sparen wir zusätzlich bis zu 1,5 Milliarden Euro ein. Ich finde, das ist ein großer Betrag. Dazu waren Sie früher über einen langen Zeitraum hinweg nicht in der Lage. Herr Kollege Lauterbach, ich finde, es gehört zur Ehrlichkeit dazu, zumindest das anzuerkennen, anstatt sich hier so hinzustellen, wie Sie es getan haben.

Jens Spahn

- (A) Herr Lauterbach, es mag sein, dass Sie zu allem bereit sind – ich kann Ihnen da nicht ganz folgen –, aber im Ergebnis sind Sie zu nichts imstande. Zu diesem Schluss kommt man, wenn man Ihre Rede gehört hat. Im Übrigen war Ihre Rede auch inhaltlich völlig daneben. Ich will Ihnen, weil ich diese Leier so satt habe, eines sagen: Privat Krankenversicherte sind nicht per definitionem Gutverdiener. Fragen Sie einmal all die Polizeibeamten und Pensionäre, die draußen Dienst tun oder hier zu den Besuchergruppen gehören, ob sie sich als Gutverdiener verstehen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie sind doch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Dennoch tun Sie fortwährend so, als wären Privatversicherte per definitionem Gutverdiener. Das ist ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen, Herr Kollege Lauterbach.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Mechthild Rawert [SPD]: Weshalb wollen Sie dann das Besoldungsrecht ändern?)

Seit Monaten stellen Sie sich hierhin und sagen, diese Regierung solle endlich sparen, um Zusatzbeiträge zu vermeiden. Im März haben Sie einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, der vorsah, den gesetzlichen Herstellerrabatt auf Arzneimittel auf 16 Prozent zu erhöhen. Herr Lauterbach, Sie haben hier in Ihrer Rede am 22. April erklärt:

- (B) Der einzige brauchbare Vorschlag ist die Einführung eines Zwangsrabattes von 16 Prozent.

Genau das machen wir heute.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Sie machen zu viele Ausnahmen!)

Genau darüber haben wir am Mittwoch im Gesundheitsausschuss des Bundestages abgestimmt; die SPD hat aber als einzige Fraktion des Deutschen Bundestages zum entsprechenden Antrag Nein gesagt. Ich verstehe das jedenfalls nicht: Sie fordern etwas ein, wir setzen es um, aber Sie stimmen dagegen. Herr Kollege Lauterbach, wer soll das denn verstehen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das Handwerk stimmt nicht)

– „Das Handwerk stimmt nicht“? Entschuldigung, Ihr einziger konstruktiver Beitrag dazu, der Änderungsantrag, bezog sich auf Importarzneimittel. Ich möchte gar nicht auf Gutachten zu sprechen kommen, die Sie bzw. Ihr Institut schon zu diesem Thema geschrieben haben. Aber die Tatsache, dass die Kollegin Ferner aus dem Saarland in dieser Frage so aktiv war, sollte Sie davon abhalten, uns jemals wieder mit dem Vorwurf einer Klientel- und Lobbypolitik zu begegnen. Der Änderungsantrag, den Sie eingebracht haben, war doch reine Klientelpolitik; er war das Einzige, was Sie überhaupt zu diesem Thema beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(C) Wir nehmen andere Bereiche mit in den Blick: Krankenhäuser, Ärzte, Zahnärzte und auch die Verwaltungskosten der Krankenkassen. Wenn es ein Gefühl bei den Beteiligten geben soll, dass es gerecht zugeht, dann muss in allen Bereichen gespart werden, insbesondere bei den Verwaltungskosten der Krankenkassen. Es geht im Übrigen nicht darum, in die derzeitigen Budgets einzugreifen, sondern es geht darum, die Zuwächse im nächsten Jahr zu begrenzen.

Wenn wir konkret über Vorschläge diskutieren, wie man den Zuwachs begrenzen kann, dann sind Sie doch der Erste, der schreit – ich will Ihr Aufsichtsratsmandat bei Klinikkonzernen gar nicht erwähnen –, dass das so nicht ginge. Sie sind der Erste, der schreit, dass man im Krankenhausbereich nicht sparen darf. Wer soll das noch verstehen? Monatlang schreien Sie nach Sparvorschlägen, jetzt diskutieren wir über Sparvorschläge, und Sie schreien, dass das alles nicht geht. Machen Sie endlich Vorschläge, wo gespart werden soll, Herr Kollege Lauterbach! Aber so einfach kommen Sie aus der Sache nicht mehr heraus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Mechthild Rawert [SPD]: Machen wir! Sie können nur so schlecht zuhören!)

(D) Frau Kollegin Klein-Schmeink, der Unterschied zu den stumpfen Spargesetzen der Vergangenheit ist, dass unsere Zusage steht, nach den kurzfristigen Sparmaßnahmen – wir setzen sie übrigens auch im Arzneimittelbereich um –, die notwendig sind, weil wir im nächsten Jahr das größte Defizit in der Geschichte der gesetzlichen Krankenversicherung erwarten – die Farbenlehre ist dabei egal; um das Defizit geht es – langfristige Strukturveränderungen vorzunehmen.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben nicht!)

Das zeigt sich bei den Arzneimitteln. Wir werden noch vor der Sommerpause in erster Lesung den Teil des Arzneimittelpakets verabschieden, der langfristig die Preisentwicklung in Deutschland verändert. Sie haben jahrelang davon geredet, dass endlich damit Schluss sein müsse, dass die Arzneimittelindustrie in Deutschland die Preise nach der Zulassung einseitig festlegen kann. Wir regeln das endlich.

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bisher regelt ihr überhaupt nichts!)

Wir sind gespannt, wie konstruktiv Sie sich an diesem Verfahren beteiligen werden, Herr Kollege Lauterbach.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir setzen im Umgang mit dem Defizit auf eine Kombination aus notwendigem Sparen und einer breiteren Bemessungsgrundlage. Alles andere würde im Übrigen bei den Beteiligten keine Akzeptanz finden. Natürlich muss jeder angesichts des großen Defizits die Bereitschaft haben, seinen Teil beizutragen. Die Menschen – besonders die, die im Gesundheitssystem arbeiten – brauchen eine Perspektive, wenn es darum geht, eine langfristig stabilere Finanzierung zu gewährleisten.

Jens Spahn

(A) Seien wir ehrlich miteinander.

(Mechthild Rawert [SPD]: Wow!)

Ich bin seit acht Jahren im Deutschen Bundestag. Der eine oder andere von Ihnen macht schon länger Gesundheitspolitik. Gesundheitspolitik ist seit Jahren eines der zentralen und strittigen Politikfelder, weil es wahnsinnig schwierig ist, die vor uns liegenden Probleme zu lösen. Jetzt tun Sie doch nicht so, als ob die Lösung der Probleme so einfach wäre. Wir warten seit acht Jahren auf Ihr Bürgerversicherungskonzept, das Sie immer wieder ankündigen.

(Ulrike Flach [FDP]: Genau! – Heinz Lanfermann [FDP]: Sie haben eine Arbeitsgruppe eingerichtet! – Ulrike Flach [FDP]: Die Arbeitsgruppe II!)

Ob der schwierigen Frage, wie wir eine breitere Finanzierungsgrundlage hinbekommen – dies wollen wir alle im Übrigen trotz intensiver interner Debatten innerhalb der Koalition –, ist es doch das Selbstverständlichste der Welt, dass man innerhalb der Koalition bei einer Frage, die seit Jahren in Deutschland strittig diskutiert wird, auf der Suche nach der richtigen Lösung miteinander ringt.

(Dr. Karl Lauterbach [SPD]: Das ist an Rüttgers gescheitert! Jetzt ist er weg!)

(B) Geben Sie uns die Zeit, die wir – wie zugesagt – bis zur Sommerpause noch brauchen. Dann werden wir Lösungen vorlegen, die über das hinausweisen, was Sie bis jetzt getan haben. Sie sagen nämlich nichts dazu, wie es weitergehen soll, lieber Herr Kollege Lauterbach.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bevor ich schließe, möchte ich auf das eingehen, was zwei Vorredner erwähnt haben – ich möchte das nicht so stehen lassen –: Seien Sie versichert, für die unabhängige Patientenberatung werden wir noch vor der Sommerpause

(Birgitt Bender [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum denn nicht jetzt? Was hält euch ab? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Zöllner [CDU/CSU]: Wir wollen nicht, dass ihr in die Sommerpause geht!)

– bis dahin sind es gut zwei Wochen; das ist zeitlich relativ genau bemessen, liebe Frau Kollegin Vogler – einen entsprechenden Entwurf auf den Weg bringen. Wir werden diese Frage regeln.

Die christlich-liberale Koalition wird bei der unabhängigen Patientenberatung und bei der künftigen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung Handlungsfähigkeit beweisen. Vor allem werden wir heute das tun, wovon Sie lange geredet haben, nämlich Sparen im Sinne der Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung. Deswegen wäre es gut, wenn Sie zustimmen würden. Wir tun es jedenfalls.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Ich schließe die Aussprache.

(C)

Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung krankensicherungsrechtlicher und anderer Vorschriften. Der Ausschuss für Gesundheit empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/2170, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 17/1297 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Lesung in der Ausschussfassung durch die Unionsfraktion und die FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

### Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Gesetzentwurf ist mit den Stimmen der Unionsfraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 32 b: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Faire Preise für wirksame und sichere Arzneimittel – Einfluss der Pharmaindustrie begrenzen“. Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/2170, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1206 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Unionsfraktion, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 34 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Wolfgang Wieland, Volker Beck (Köln), Kai Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Mehr öffentliche Sicherheit durch weniger private Waffen

– Drucksache 17/2130 –

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuss (f)  
Rechtsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die Debatte eröffne, möchte ich darauf hinweisen, dass Bürgerinnen und Bürger des „Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden“ und der Initiative „Keine Mordwaffen als